Nr. 93a
XXXII. Jahrgang

Berliner Tageblatt

Berlin
21. Februar 1903

Parlaments-Ausgabe

Haus der Abgeordneten.

(Fortsetzung aus der Abend-Ausgabe.)

Abg. **Dopelius** (freik.):

Ich schließe mich dem Appell des Oberberghauptmanns dahinan, daß der Abg. Dasbach in seiner Presse für den Frieden in der bergmännischen Bevölkerung in dem Saarbrücker Bezirk wirken möge. Redner geht alsdann auf die Ausführungen des Abg. Stöcel ein, worin er der Meinung Ausdruck gibt, daß er in der obligatorischen Einführung von Arbeiterdelegierten nicht nur nicht eine größere Sicherheit für den Grubenbetrieb, sondern im Gegenteil eine große Gefahr für denselben erblickt, indem die Verantwortung der Grubenbeamten durch Beifügung von Arbeiterdelegierten geteilt würde. Ich schließe mich dem Wunsche des Abg. Prietze betreffend Gehaltserhöhung der Obersteiger an, ebenso hoffe ich auch, daß man für Arbeiterwohnungen auch weiterhin reichlich sorgen wird. Die Wohlfahrtseinrichtungen für Kinderschulen und Handarbeitsschulen erkenne ich als sehr segensreich an. Diese Schulen sind paritätisch. Ich bitte den Minister dringend, seinen ganzen Einfluß dahin geltend zu machen, daß der Erlaß des Bischofs Korum nicht auch hier eine Unduldsamkeit herbeiführt.

Abg. **Hirsch**-Essen (natl.):

Auf die Lohnfrage und die Frage der Aufsicht will ich nicht eingehen, aber das Eine möchte ich betonen: Wenn von verschiedenen Seiten gesagt worden ist, die Löhne seien zurückgegangen, so muß ich demgegenüber darauf aufmerksam machen, daß wir seit 25 Jahren mit kurzen Unterbrechungen andauernd steigende Löhne zu verzeichnen haben. Ich halte Essen für die geeignetste Stadt für das neue Dienstgebäude.

Abg. Dr. **Ostroy** (Ctr.)

spricht sich für die Erbauung des Dienstgebäudes in Recklinghausen aus.

Die Erörterung wird geschlossen.

Nach persönlichen Bemerkungen der Abgg. Dasbach (Ctr.) und Gothein (fr. Vg.) wird die Forderung für das neue Dienstgebäude abgelehnt.

Bei Titel 11 Wohlfahrtszwecke spricht

Abg. **Letocha** (Ctr.)

über das oberschlesische Knappschaftswesen, bleibt aber unverständlich.

Handelsminister **Möller**:

Die Verwaltung ist auch der Ansicht, daß eine Aenderung im Knappschaftswesen eintreten muß. Erforderlich ist allerdings die vorherige Erledigung der Novelle zum Krankenkassenversicherungsgesetz. Ich habe aber wohl berechtigte Zweifel, daß dieser Reichstag die Vorlage noch verabschieden wird. Sobald der nächste Reichstag die Novelle angenommen haben wird, werden wir die Novelle zum Knappschaftsgesetz vorlegen.

Abg. Dr. **Hirsch**-Berlin (fr. Vp.):

Ich muß beschwerde über verschiedene oberschlesische Invalidenkassen führen, die zudem Zwangsversicherungen sind und bankerott gemacht haben. Das bedeutet eine schwere Schädigung für die Arbeiter, die Jahre hindurch Beiträge gezahlt haben und im Alter der Armenunterstützung zur Last fallen müssen. Ich weiß nicht, inwieweit die Regierung ein Aufsichtsrecht ausgeübt hat, aber derartige Vorgänge sind doch schwer zu beklagen.

Die Ausgaben des Kapitels „Bergwerke" werden bewilligt, ebenso ohne Erörterung die Ausgaben der Kapitel „Salzwerke", „Badeanstalten", „Werke, welche mit anderen Staaten gemeinschaftlich betrieben werden", und „Oberbergämter".

Bei Kapitel „Bergtechnische Lehranstalten" wünscht

Abg. Dr. **Schultz**-Bochum (natl.)

eine Besserstellung der Professoren an der Bergakademie in Klausthal, die hinter den Professoren in Berlin zurückständen.

Oberberghauptmann **v. Velsen**

sagt Erfüllung der geäußerten Wünsche zu, sobald die Trennung von Bergschule und Bergakademie vollzogen ist. Eine Trennung ist schon in die Wege geleitet.

Abg. Dr. **Schultz**-Bochum (natl.)

bittet um Einstellung größerer Mittel für die Bergschulen.

Das Kapitel wird bewilligt. Bei dem Kapitel „Sonstige Verwaltungs- und Betriebsausgaben" bittet

Abg. **Dommes** (fr. Vp.)

um höhere Mittel für die geologische Forschung in Ost- und Westpreußen, damit Bohrungen vorgenommen werden können.

Oberberghauptmann **v. Velsen**

weist darauf hin, daß in Westpreußen schon Bohrungen nach unterirdischen Schätzen versucht werden; die Anregung des Vorredners werde im Auge behalten werden.

Das Kapitel wird bewilligt. Die Erörterung geht über zu den außerordentlichen Ausgaben, die nach unerheblicher Aussprache bewilligt werden.

Das Haus vertagt sich.

Nächste Sitzung: Sonnabend 11 Uhr.

Tagesordnung: 1. Erste und zweite Beratung des Gesetzentwurfes über die Bildung des Stadtkreises Gelsenkirchen. 2. Erste Beratung des Gesetzentwurfes über die Bildung eines Ausgleichfonds für die Eisenbahnverwaltung. 3. Zweite Beratung des Etats der Eisenbahnverwaltung.

Schluß der Sitzung 3¼ Uhr.

Deutscher Reichstag

263. Sitzung vom 20. Februar, 1 Uhr.

Am Tisch des Bundesrats: Graf Posadowsky.

Vizepräsident **Büsing** eröffnet die Sitzung und teilt mit, daß die Novelle zum Krankenkassengesetz eingegangen ist.

Die zweite Beratung des Etats des Reichsamts des Inneren wird fortgesetzt bei Titel: Zur Bekämpfung der Roblauskrankheit. Dazu liegt eine von den Abgg. Blankenhorn (natl.) und Deinhard (natl.) eingebrachte Resolution vor, die energische Maßregeln gegen die Reblauskrankheit verlangt, um ihr Uebergreifen nach den benachbarten Bundesstaaten zu verhüten.

Abg. **Preiß** (Sfl.):

Ich schließe mich der Begründung der Resolution durch den Abg Blankenhorn an. Die Verwaltung von Elsaß-Lothringen hat zur Bekämpfung der Krankheit alles getan, was erforderlich war. Deshalb ist ein Mißtrauen gegen sie nicht gerechtfertigt. Allerdings ist in Elsaß-Lothringen ein starker Seuchenherd entdeckt worden, der trotz der größten Vorsichtsmaßregeln plötzlich entstanden war. Aehnliche Infektionen sind aber auch im Nahegebiet, in Bayern und anderen Weinbau treibenden Gegenden vorgekommen. Diese plötzlich auftretenden Seuchen sind also nicht Elsaß-Lothringen eigentümlich. Weiter ist zu berücksichtigen, daß Elsaß-Lothringen ein Grenzland ist, das von dem verseuchten Frankreich immer wieder mit der Reblaus versehen wird. (Heiterkeit.) Deutschland hat im Frankfurter Frieden die Reblaus mit in den Kauf genommen. In den siebziger Jahren hat das Reich nicht genügend sich mit der Seuche beschäftigt. Die Bekämpfung der Reblaus ist nicht Sache der Bundesstaaten, sondern Reichssache. Es ist ja jetzt ein besonderes Reblausparlament nach Berlin berufen. Ich hoffe, daß darin auch Vertreter von Elsaß-Lothringen nicht fehlen werden. Mit der Berufung dieses Parlaments ist der Zweck der Resolution erfüllt.

Abg. **Baumann** (Ctr.):

Es ist richtig, daß man auch in Bayern und sogar in meinem Wahlkreis Reblausherde gefunden hat. Die Weinbau treibenden Gegenden sind jetzt in steter Beunruhigung. Daher ist eine scharfe Kontrolle an den Zollstationen erforderlich, damit nicht kranke Reben mit Gärtnereierzeugnissen eingeführt werden. Weiter müssen das Reich und die Einzelstaaten alle irgendwie möglichen Vorsichtsmaßregeln treffen. (Beifall im Centrum.)

Abg. Dr. **Deinhard** (natl.):

Wenn die Reblauskrankheit im Elsaß schon seit dem Frankfurter Frieden vorhanden wäre, dann würden dort jetzt schon keine Weinberge mehr vorhanden sein. Gewiß wird im Elsaß jetzt auch mehr getan als früher. Noch immer aber bildet Elsaß-Lothringen eine Gefahr für den Weinbau ganz Deutschlands. Eine Anklage erheben wir gegen Elsaß, weil Monate vergangen sind, bevor man gegen erkrankte Gebiete eingeschritten ist. Ich habe mich über die Aufhebung des Diktaturparagraphen gefreut. Dies Ereignis sollte aber der Bevölkerung zeigen, daß in Elsaß-Lothringen jetzt deutsch regiert wird. Die Entschädigungen dürfen nicht zu niedrig, aber auch nicht zu hoch sein, damit die Reblaus nicht gezüchtet wird, um an der Entschädigung zu verdienen, und damit der Verheimlichung kein Vorschub geleistet wird. Die Reblausfrage ist die wichtigste Wirtschaftsfrage des ganzen Westens. (Beifall.)

Abg. **Wetterle** (Sfl.):

Ich kann dem Herrn Vorredner mitteilen, daß die Verwaltung in Elsaß-Lothringen aufs energischste in den letzten Jahren die Reblaus bekämpft hat. Die Finanzlage Elsaß-Lothringens ist sehr schlecht. Wenn man daher dort das Ausrottungsverfahren durchführen will, so muß das Reich helfen. Deutsch soll regiert werden, das muß heißen, es soll gerecht regiert werden.

Elsäßischer Bevollmächtigter zum Bundesrat, Geheimrat **Hallen**:

Das Mißtrauen gegen die elsaß-lothringische Verwaltung ist unberechtigt. Wir haben die Reblaus seit Jahren im Einverständnis mit den Sachverständigen und dem Landesausschuß energisch bekämpft. 2½ Millionen sind dafür ausgegeben. Das ist bei der schlechten Finanzlage ein außerordentliches Opfer. Personal ist in Lothringen genügend vorhanden, in Elsaß wird es erst ausgebildet. Die Lokalbeobachter haben sich gut bewährt. Jede infizierte Rebe wird bemerkt. Der Schwefelkohlenstoff ist mit Erfolg verwandt. Die Zahl der untersuchten Gemarkungen nimmt stetig zu. Es gibt bisher in Elsaß-Lothringen 192 Anlagen mit amerikanischen Reben, bei denen Krankheiten nicht bemerkt sind. Die Intensität der Untersuchungen hat mindestens gleichen Schritt gehalten mit der Vermehrung der Gefahr. Die Oberleitung über alles ist vom 1. Januar einer Person übertragen. Es sind zahlreiche Polizeiverordnungen erlassen zur Verhütung der Verschleppung. Von der Verwaltung ist alles getan, was getan werden konnte, um der Verbreitung der Seuche Einhalt zu tun. Es ist mit Energie vorgegangen, und es sind auch keine Kosten gescheut.

Abg. **Cahensly** (Ctr.):

Wir erkennen die großen Leistungen der Regierungen, namentlich in den besseren überrischen Gebieten, an und halten ein weiteres Vorgehen in der Art, wie sie die Resolution fordert, im Interesse des Rheinlandes für wünschenswert.

Abg. Dr. **Müller**-Sagan (fr. Vp.):

Die große Zahl der versuchten Weinberge bedeutet eine schwere allgemeine Gefahr, besonders für die Qualitätsweine. Ich bin überzeugt, daß die Regierung alles Mögliche getan hat, um der Reblausgefahr entgegenzuwirken. Kann sie nicht alles, was nötig ist, allein leisten, so muß die Reichsregierung ihr beispringen. Das darauf verwandte Geld ist gut angelegt. Die Reblaus muß konsequent und rücksichtslos bekämpft werden, und der Reichskanzler muß gegen diese Gefahr alles, auch in materieller Hinsicht, aufbieten. (Beifall.)

Abg. **Lucke** (B. d. L.):

Die elsäßische Regierung hat alles Mögliche gegen die Reblaus getan, aber sie hat nicht die genügenden Mittel zur Verfügung gehabt. Bei der Größe der im Weinbau in Frage kommenden Kapitalien hätte man nicht zwei, sondern zehn Millionen dagegen verwenden müssen. Ich bin für die Resolution; man muß den Kampf gegen die Reblaus rücksichtslos führen.

Geheimrat **Hallen**

tritt der Auffassung entgegen, als wollte es die elsäßische Regierung bei den bisher verwendeten 2½ Millionen bewenden lassen. Sie werde vielmehr auch in Zukunft die notwendigen Mittel einsetzen, um den Kampf rücksichtslos zu führen.

Abg. **Preiß** (Sfl.)

hält es nicht für richtig, daß der Abg. Deinhard die elsäßische Regierung angreift; man möge vielmehr mit vereinten Kräften die Reblaus bekämpfen. Bedenklich sei der Weg, den Reichskanzler aufzufordern, von Reichs wegen in die Tätigkeit einer einzelnen Regierung einzugreifen. So könnte man ja auch von Reichs wegen die preußische Regierung auffordern, in ihren Provinzen die Reblausherde energischer als bisher zu bekämpfen.

Abg. **Deinhard** (natl.):

Feindlich stehe ich Elsaß-Lothringen nicht gegenüber, aber das Reichsland muß die Reblaus so bekämpfen, daß das Rheinland nicht in Gefahr gerät, verseucht zu werden. Der Reblaus ist es schließlich gleichgültig, ob sie elsässischen Rotwein verzehrt oder rheinischen Weißwein. (Heiterkeit.) Aus den Worten des elsäßischen Regierungsvertreters folgt klar und deutlich, daß dort erst in neuerer Zeit die Reblaus energisch bekämpft wird, während man vor 1890 viel sorgloser war.

Geheimrat **Hallen**

bestreitet, daß man vor 1890 weniger energisch gegen die Reblaus vorgegangen sei. Bei der kleinen Zahl der damaligen Reblausherde habe es nicht gelohnt, einen großen Apparat dagegen in Bewegung zu setzen.

Der Etatstitel wird bewilligt, die Resolution Blankenhorn mit großer Mehrheit angenommen. Beim Titel für Aufwendungen, welche allgemeinen Interessen des deutschen Handels dienen" bittet

Abg. Dr. **Müller**-Sagan (fr. Vp.).

daß die vom Reichsamt herausgegebenen Mitteilungen für Handel und Gewerbe besser redigiert werden, sodaß sie gleich in die Tageszeitungen übernommen werden können.

Der Titel wird bewilligt.

Beim Titel „Zur Förderung landwirtschaftlicher Erzeugnisse und zur Unterstützung wissenschaftlicher, technischer und ähnlicher allgemeiner Bestrebungen auf dem Gebiet der Landwirtschaft" wünscht

Abg. **Herold** (Ctr.)

die Ermittelung der Preisbewegungen für landwirtschaftliche Produkte und Einsetzung einer besonderen Korporation für diesen Zweck.

Abg. Dr. **Südekum** (soz.):

Eine rein agrarische Kommission ist nicht im stande, diese Aufgabe allein zu lösen, im besonderen muß ich dagegen protestieren, daß für ein bestimmtes agrarisches Organ schon Reichsmittel aufgewendet wurden, wie verlautet.

Staatssekretär im Reichsamt des Innern, Dr. Graf **v. Posadowsky**:

Die Herstellung einer Statistik der landwirtschaftlichen Produkte ist an sich wünschenswert. Sie hat aber nicht bloß Interesse für die Landwirtschaft, sondern auch für die Mühlenbesitzer und den Handel. Jedoch eine Vereinigung für diesen Zweck hat sich bisher weder gebildet, noch war ich in der Lage, ihr Fonds aus Reichsmitteln zur Verfügung zu stellen.

Abg. **Frese** (fr. Vg.):

Der Abg. Herold hat den Wunsch ausgesprochen, daß dafür gesorgt werde, daß die Getreidepreise möglichst stabil seien. Wie soll man denn das machen? Wer soll das garantieren? Wenn man beklagt, daß der Landwirt nicht immer genau unterrichtet wird über den Stand der Preise, so frage ich: Warum hat denn die Majorität des Reichstages das beste Instrument, das der Handel erfunden hat, den Terminhandel, totgeschlagen? (Sehr richtig! links.) Damals hatten Sie ein Instrument, das den Preis täglich anzeigte. Warum haben Sie es vernichtet? Das haben Sie getan, obwohl von den Männern der Wissenschaft — ich erinnere nur an einen Herrn, der jetzt einen Lehrstuhl in Heidelberg innehat — gewarnt wurde. Es ist wirklich komisch, daß Sie um jetzt post festum wieder Gelder für eine solche Preisnotierung haben wollen, zu der Sie so liebenswürdig sind, wenigstens Vertreter des Handels hinzuziehen zu wollen. (Heiterkeit.) Hoffentlich sehen Sie jetzt ein, daß der Terminhandel wieder zugelassen werden muß, und ziehen die Konsequenzen. (Zurufe rechts: Nein! Beifall links.)

Abg. **Herold** (Ctr.):

Ich habe gerade gefordert, daß in der Korporation auch die Mühlenbesitzer und der Handel mitvertreten sein sollen. Daß die Korporation nur nützen kann, wenn sie objektiv arbeitet, darüber braucht mich der Abg. Frese nicht zu belehren, und große Konnivenz gegen den Bund der Landwirte wird man wohl gerade mir nicht zutrauen. Stabilität der Preise ist natürlich nicht zu erreichen, aber starke Preisschwankungen sollten doch nach Möglichkeit vermieden werden. Jetzt werden häufig künstlich die Preise bald nach oben, bald nach unten getrieben, und dem soll eben entgegengewirkt werden. Seit Abschaffung des Terminhandels haben im Jahresdurchschnitt die Getreidepreisschwankungen abgenommen.

Abg. **Frese** (fr. Vg.):

Ich habe den Abg. Herold durchaus nicht mißverstanden. Er hat aber zugegeben, daß trotz der Abschaffung des Terminhandels künstliche Preissteigerungen und Preisstürze eintreten können. Das will ich nur feststellen. Gerade das Bestehen des Terminhandels mildert solche großen Preisbewegungen und läßt sie nicht mit schädlicher Plötzlichkeit, sondern allmählich eintreten. Der Abg. Herold will gewissermaßen von der Majorität einer Kommission die Preise detektiert haben, aber das werden Sie nicht fertig bekommen. (Beifall links.)

Abg. Graf **v. Schwerin**-Löwitz (kons.):

Bei der Entwickelung des Getreideverkehrs handelt es sich weder um ein Interesse des Professors Ruhland, noch um ein Interesse des Bundes der Landwirte, noch um ein ausschließliches Interesse der deutschen Landwirtschaft, sondern um ein Interesse unseres gesamten Erwerbslebens, namentlich unseres Getreidehandels, unserer Müllerei und unserer Konsumenten. Es soll eine deutsche Sektion der bereits bestehenden internationalen Vereinigung zur Feststellung der Getreidepreise gebildet werden. In Amerika ist eine derartige Organisation vorhanden; sie muß auch bei uns herbeigeführt werden, um die Unkenntnis der Landwirte und des Handels über die tatsächlichen Verhältnisse zu verhüten. Die Vermeidung von großen Preisschwankungen, die dadurch erzielt wird, ist dringend notwendig auch im Interesse unserer Konsumenten. Durch einen schwunghaften Spekulationshandel an der Börse werden die Schwankungen nicht beseitigt. Tatsächlich ist durch die Aufhebung des Terminhandels eine größere Stabilität der Preise erreicht worden. Die Verfolgung einseitiger wirtschaftlicher Tendenzen ist bei dem Vorschlage des Abg. Herold ausgeschlossen. Es handelt sich nicht um eine Feststellung der Getreidepreise, sondern um eine Getreidestatistik. (Beifall rechts und in der Mitte.)

Staatssekretär im Reichsamt des Inneren, Dr. Graf **v. Posadowsky**:

Aus dem Schreiben, das in der Sache ergangen ist, geht nicht hervor, daß die Gesellschaft in der Dessauerstraße identisch ist mit dem Bund der Landwirte. Das Schreiben ist datiert vom 20. Juni v. J. und tegt lediglich objektiv die Merkmale fest, die vorhanden sein müssen, um die Gesellschaft zu unterstützen. Eine Bewilligung ist durchaus nicht ausgesprochen. Soll die Reichsregierung der Anregung nähertreten, so muß durch Bildung einer Genossenschaft erst Gewähr dafür geleistet werden, daß nicht irgend welche politischen oder handelspolitischen Tendenzen unterstützt werden. Sonst ist die Verwaltung nicht im stande, irgend eine Unterstützung zu gewähren. Bisher ist keine Unterstützung gewährt. Die Sache ist eine vollkommene res imperfecta.

Abg. Dr. **Rösicke**-Kaiserslautern (Bund der Landw.):

Es handelt sich nicht um eine Einrichtung des Bundes der Landwirte, sondern um eine ganz objektive, selbständige Einrichtung. Wenn die Herren links alle Einrichtungen der Dessauerstraße kennen gelernt hätten, würden sie sie anerkennungswert finden. In der in Rede stehenden Frage handelt es sich nicht nur um ein politisches Unternehmen, sondern um die wissenschaftliche Preisfeststellung. Warum soll nicht im Interesse der deutschen Bauern etwas eingerichtet werden, was im Interesse der Arbeiter geschaffen ist? Der Abg. Frese würde schließlich selbst Einfluß darauf haben, daß die zu schaffende Korporation etwas Brauchbares leistet. Für den guten Rat, die Landwirtschaft brauche bloß der Börse zu folgen, danken wir, damit werden wir bloß die Beutel anderer Leute füllen. Ich will nicht behaupten, die Börse strebe dahin, aber ihre Auswüchse haben tatsächlich diesen Erfolg. Gerade wer die Börse für so unschuldig hält, sollte doch eine möglichst helle Beleuchtung der Börsenvorgänge wünschen, damit ihre Unschuld recht klar hervortritt. Die von uns gewünschte Einrichtung ist in anderen Ländern, wie England und Amerika, schon geschaffen. Wir sind im Rückstand und müssen im Interesse der deutschen Bauern diese Rückständigkeit beseitigen.

Abg. **Gothein** (fr. Vg.):

Das Barometer der Börse haben Sie zerschlagen und haben nun den Wunsch nach einem Ersatz. Herr Herold hat etwas anderes als Graf Schwerin verlangt, und der Abg. Rösicke wieder etwas anderes. Für eine Verbesserung der Statistik sind wir auch. Aber das statistische Amt kann in bequemerer Weise die Statistik weiter ausbauen. Wesentlich geändert wird dadurch nichts. Der Abg. Rösicke will allerdings sogar die Preisgestaltung auf einer solchen Statistik aufbauen. Die Statistik kommt für die Preisbildung immer zu spät. (Sehr richtig!) Der Versuch, den Sie machen wollen, ist ein Versuch mit untauglichen Mitteln, der Ihnen nichts nutzen wird. Eine Privatbereinigung wird den Zweck nicht erreichen; aber im Hintergrund schlummert das Bestreben, auf Grund einer unzuverlässigen und vielleicht tendenziösen Statistik Einfluß auf die Preisbildung zu gewinnen. Wenn die Verhältnisse dann aber der Vereinigung Unrecht geben, so wäre ihr Kredit erschüttert. Wo ist denn Ihr Beweismaterial dafür, daß seit Aufhebung des Terminhandels die Preisschwankungen geringer geworden sind? (Unruhe rechts.) Sie haben kein Beweismaterial. Bei ungleichartigen Welternten werden die Schwankungen größer sein als bei gleichartigen Ernten. Daß die Schwankungen in einem kleinen Zeitraum geringer waren, ist deshalb kein Beweis. Es kommt auf die Ursachen an. Ich habe allerdings den Eindruck gehabt, daß zunächst die Absicht vorlag, den „Getreidemarkt" des Professors Ruhland in Heidelberg zu subventionieren. Aber dieser „Getreidemarkt" hat ja in unerhörter Weise an der Spekulation im Getreide sich beteiligt. Der besondere Gewährsmann des Professors Ruhland ist ja der amerikanische Spekulant Liter. (Unruhe rechts, Beifall links.)

Abg. **Herold** (Ctr.):

Es muß doch eine Korporation da sein, die die Preise notiert, Nachrichten u. s. w. einzieht. Weiter habe ich nichts verlangt. Die Herren von der Linken haben keinen Grund, das zu bekämpfen. Der Großhändler behält jetzt das Material, das er hat, für sich. (Sehr richtig!) Dieser Vorsprung des Handels vor der Allgemeinheit sollte etwas ausgeglichen werden. Die Nachrichten müssen